

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(73. - öffentliche - Sitzung am 6. November 2019)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4285](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/4410](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 15** - Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz - dazu: Vorlage 141 - unter Einbeziehung der MiPla 2019 - 2023. Er nahm die **Einbringung** durch den Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch.

Die **Vorlage 141** betr. Haushaltsplanentwurf 2020 - Unterlagen für die parlamentarische Beratung des Einzelplans 15 - nahm er zur Kenntnis.

2. **Keine Zustimmung für verfassungsrechtlich problematisches Scholz-Modell - Niedersachsen muss Öffnungsklausel bei Grundsteuer nutzen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4947](#)

Die antragstellende Fraktion stellte die Grundzüge des Antrags vor. Sodann nahm der Ausschuss die Beratung auf und ließ sich in diesem Zuge über die Position der Landesregierung informieren. Anschließend erörterte der Ausschuss Verfahrensfragen und kam für die weitere Beratung überein, diesen Antrag zusammen mit den weiteren Anträgen zum Themenkomplex Grundsteuer (Drucksachen 18/3845, 18/3647, 18/3644) zu behandeln.

3. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge in Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1524](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3693](#)

Der nur zum Gesetzentwurf der Landesregierung mitberatende Ausschuss führte die Mitberatung zu b) auf der Grundlage der Vorlage 12 des GBD (Beratungsergebnis des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung) durch und schloss sich dem Votum des federführenden Ausschusses an, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung (Vorlage 12) zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE, AfD